

# ANTRAG

*Gremium:* Bundeskongress

*Beschlussdatum:* 27.10.2024

*Tagesordnungspunkt:* 16.c. Allgemeine Anträge

## **A11NEU: Islam in Österreich: Freiheit statt Fanatismus**

### **Antragstext**

1 Der Islam ist eine bedeutende Weltreligion, die im Zusammenspiel mit Bildung,  
2 Wissenschaft und Kultur über Jahrhunderte hinweg zur Entwicklung der Menschheit  
3 beigetragen hat und inzwischen etwa 2 Milliarden Anhänger:innen zählt. In  
4 Österreich gibt es bereits seit der Annektion von Bosnien und Herzegowinas in  
5 die Habsburgermonarchie eine muslimische Tradition, wodurch der Islam 1912  
6 staatlich anerkannt wurde. Diese frühe Anerkennung des Islam schuf die  
7 rechtliche Grundlage für ein geordnetes und respektvolles Zusammenleben.  
8 Mittlerweile hat sich der Islam als fester Bestandteil von Österreich etabliert,  
9 der nicht mehr wegzudenken ist.

10 In den vergangenen Jahren sind besonders viele Menschen aus muslimisch geprägten  
11 Ländern nach Österreich gekommen, wodurch sich allerdings auch besonders  
12 konservative Ausprägungen des Islams verbreitet haben, die unseren Werten  
13 fundamental gegenüberstehen. Zudem breitet sich in radikalen Gruppen innerhalb  
14 der muslimischen Gemeinschaft eine zunehmende Gewaltbereitschaft aus, die große  
15 Sorge bereitet. Zuletzt hat uns der geplante islamistische Terroranschlag auf  
16 das Taylor Swift Konzert im Wiener Ernst Happel Stadion vor Augen geführt: Wir  
17 haben ein Problem, der Islamismus ist auch bei uns angekommen.

18 Leider hat die muslimische Gemeinschaft in Österreich ein Problem mit  
19 fundamentalen Islamisten, für die unser liberales Weltbild ein Feindbild ist.  
20 Diesen muss entschieden etwas entgegengesetzt werden, um unsere westlichen,  
21 liberalen Werte zu verteidigen. Auch die Muslime in Österreich leiden unter den  
22 extremistischen Tendenzen, die es in Teilen der muslimischenCommunity gibt.  
23 Keineswegs dürfen daher alle Muslime unter Generalverdacht gestellt werden –  
24 vielmehr sind sie unsere Verbündeten im Kampf gegen reaktionäre Einflüsse und  
25 alle Formen von Extremismus.

## 26 Klare Kante gegen Extremismus

27 Wir fordern ein **Verbot sämtlicher extremistischer Organisationen**. Einrichtungen,  
28 deren Zielsetzungen potenziell der Demokratie und dem Rechtsstaat zuwiderlaufen,  
29 müssen überwacht und bei Bestätigung eines Verdachts aufgelöst werden. Etwaige  
30 Vereinsmittel sollen im Zuge der Auflösung entzogen und für Deradikalisierung  
31 und Prävention eingesetzt werden. Auch nach der Auflösung soll das Umfeld durch  
32 die DSN überwacht werden, um sicherzustellen, dass die betroffene Organisation  
33 ihre Aktivitäten nicht inoffiziell weiterführt oder diese auf andere Kanäle  
34 verlegt, wie z.B. in den digitalen Raum.

35  
36 Jegliche Bewilligungen oder Förderungen für religiöse Einrichtungen und Vereine,  
37 welche in ihren Zielsetzungen Demokratie und Rechtsstaat unterminieren, sind zu  
38 entziehen. Hierfür bedarf es einer engen Kooperation zwischen Verfassungsschutz,  
39 Polizei, Kultusamt sowie den bewilligenden bzw. fördernden Stellen.

40 Der **Schwur auf den Islamischen Staat** soll für Drittstaatsangehörige eine  
41 umgehende Ausweisung zur Folge haben. Auch die Teilnahme an Kalifat-  
42 Demonstrationen sowie die Verherrlichung islamistischer Straftaten sollen  
43 (aufenthaltsrechtliche) Konsequenzen haben. Wir bekennen uns außerdem zum Verbot  
44 der Verwendung von Symbolen islamistischer Terrororganisationen.

45 **Extremistische Moscheeeinrichtungen**, in denen radikale Ideologien verbreitet  
46 werden, müssen **umgehend und konsequent geschlossen** werden. Um die  
47 Radikalisierung von Mitgliedern von Moscheeeinrichtungen und Moscheegemeinden –  
48 wie etwa des Attentäters vom Terroranschlag in Wien von 2020<sup>[1]</sup> – zu verhindern,  
49 müssen derartige Einrichtungen frühzeitig erkannt und geschlossen werden. Die  
50 Doppelgleisigkeit zwischen Kultus- und Vereinsrecht muss beendet werden: Wird  
51 eine Moschee kultusrechtlich geschlossen, sollte das auch für den Verein der  
52 Moschee Konsequenzen haben

53 Während politische Informationen auf sozialen Medien zunehmend eingeschränkt  
54 werden, gewinnen sogenannte „TikTok-Prediger“ bzw. „Hipster-Salafisten“ immer  
55 mehr an Reichweite. Auch das Internet ist kein rechtsfreier Raum, **islamistische**  
56 **Influencer** sollen daher **genau beobachtet** und strafrechtlich relevante Inhalte  
57 wie Aufrufe zu Hass und Gewalt von den Plattformen entfernt werden.

58 Um der Radikalisierung junger Menschen entgegenzuwirken, sind **Präventionsarbeit**  
59 sowie die **Vermittlung von Medien- und Digitalkompetenz** essenziell.  
60 Sicherheitsbehörden sollen dazu verstärkt mit Schulen, Jugendverbänden und  
61 anderen Einrichtungen, insbesondere aber auch den Glaubensgemeinschaften,  
62 zusammenarbeiten.

## 63 Westliche Werte schützen

64 Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist eine wesentliche Errungenschaft von  
65 Aufklärung und Liberalismus. In den letzten Jahrzehnten konnten dabei in  
66 Österreich bzw. der westlichen Welt große Fortschritte verzeichnet werden. Doch  
67 zurzeit droht ein konservativer Backlash, der diese Errungenschaften gefährdet.  
68 Durch größere Migrationsströme vor allem aus muslimischen Ländern, kam es zur  
69 zunehmenden Verbreitung von islamistischen bzw. reaktionären Ideologien, welche  
70 Feminismus feindlich gegenüberstehen und die Gleichberechtigung von Frauen  
71 ablehnen. Dem ist in allen Bereichen des öffentlichen Lebens entschieden  
72 entgegenzutreten.

73  
74 Muslimische Verschleierungen wie Kopftuch, Burka oder Niqab werden leider auch  
75 genutzt, um Frauen in ihrer individuellen Freiheit einzuschränken. Die  
76 Islamische Glaubensgemeinschaft hat etwa zuletzt einer Islam-Lehrerin die  
77 Übernahme als Landeslehrerin verweigert, weil sie kein Kopftuch trägt.<sup>[21]</sup> Für  
78 uns ist klar: Jeder Mensch hat das Recht auf Selbstbestimmung –Frauen, die aus  
79 eigener religiöser Überzeugung sich für eine Kopfbedeckung entscheiden,  
80 respektieren wir, jedoch **aufgezwungene Verschleierung lehnen wir entschieden ab.**

81 Die jüngsten Entwicklungen im Nahostkonflikt haben auch einen muslimischen  
82 Antisemitismus an die Oberfläche gebracht. Aufgrund unserer Geschichte haben wir  
83 als Österreicher:innen eine besondere Verantwortung, uns **gegen jegliche Form des**  
84 **Antisemitismus** einzusetzen. Die Behörden sollen daher Demonstrationen im  
85 Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt („Pro-Palästina“-Demos) besonders gut  
86 überwachen, um eine radikale Einflussnahme zu unterbinden. Bei der Verbreitung  
87 antisemitischer Botschaften sollen die Demonstrationen aufgelöst werden.

88 Der verpflichtende **Religionsunterricht** an öffentlichen Schulen soll zugunsten  
89 eines Ethikunterrichts für alle **abgeschafft** werden. Dieser soll unterschiedliche  
90 Weltanschauungen sowie die Werte unserer Verfassung vermitteln. Findet an Schulen  
91 ein freiwilliger konfessioneller Religionsunterricht statt, so hat die  
92 Fachaufsicht durch die staatliche Bildungsdirektionen und nicht wie bisher durch  
93 die Religionsgemeinschaften selbst zu erfolgen.<sup>[31]</sup>

94

95

96 Um zu verhindern, dass **Imame** durch andere Staaten politisch instrumentalisiert  
97 werden, muss konsequenter darauf geachtet werden, dass in Österreich tätige  
98 Imame auch tatsächlich **hier ausgebildet** worden sind und **nicht aus dem Ausland**  
99 **finanziert** werden, was bereits Rechtslage ist.

100 <sup>111</sup>[KURIER.at | 02.02.2024 | Nach Anschlag in Wien: Tewhid-Moschee als](#)  
101 [offizielles Gebetshaus aufgelöst](#)

102 <sup>121</sup>[DiePresse.com | 15.06.2024 | Gerichtsurteil: IGGÖ diskriminiert Islam-](#)  
103 [Lehrerin ohne Kopftuch](#)

104 <sup>131</sup>[JUNOS Beschlusslage | Abschaffung des Religionsunterrichts](#)